

Pressemitteilung

Erfurt, d. 13.04.2018 **Der Kinderschutzbund Thüringen fordert junge Menschen auf, wählen zu gehen! Erstmals können sich in Thüringen junge Menschen ab 16 Jahren an der Kommunalwahl beteiligen.**

Mit eurer Beteiligung an der Wahl nehmt ihr eure demokratischen Grundrechte wahr. Junge Menschen erhalten mit der Absenkung des Wahlalters mehr gesellschaftliche Verantwortung übertragen, die es verantwortlich zu übernehmen gilt. Gebt darauf Acht, was die Kandidaten und Kandidatinnen versprechen und ob das mit euren Lebenswünschen übereinstimmt. Mit der Beteiligung entsteht die Möglichkeit die eigene Lebenswelt durch politische Einflussnahme stärker im Sinne junger Ideen und Bedarfe zu gestalten.

Der Kinderschutzbund Thüringen setzt sich sehr für die bessere Umsetzung der Beteiligungsrechte junger Menschen ein. Die Bundesmitgliederversammlung hat sich erst am 11 Mai 2019 für ein Wahlrecht ab 14 Jahren ausgesprochen und verabschiedete die Resolution „Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Zukunft und deren Mitgestaltung! Beteiligungsrechte endlich umsetzen!“

Schnell sind dafür stets Gegenargumente parat. Zum Beispiel, dass junge Menschen nicht politisch interessiert seien. Doch das beste Beispiel für politisch engagierte junge Menschen erleben wir gerade jeden Freitag. Der Erwachsenenwelt wird eindeutig gesagt, dass sie auf Kosten der jungen Generation lebt. Diese jungen Menschen fordern verantwortlicher mit ihrer Zukunft umzugehen. Wenn das kein politisches Engagement ist! Nur passt es Erwachsenen nicht immer, was junge Menschen für sich einfordern.

Für die Absenkung des Wahlalters sprechen einige Gründe. Junge Menschen sind in unserer Gesellschaft gefordert frühzeitig eigenständig Entscheidungen für ihr späteres Leben zu treffen, wie in der Berufs- und Studienwahl. Zum Teil arbeiten sie bereits und erwirtschaften so auch das Sozialprodukt mit. Sie sind Konsumenten im Marktsystem gerade im Medienbereich und damit verbundener technischer Erzeugnisse wie auch Zielgruppe der Werbeindustrie. Das und viel mehr wird jungen Menschen zugetraut, manchmal zugemutet. Für das demokratische Recht auf politische Mitbestimmung waren sie aus Sicht des Wahlrechts bisher nicht reif genug.

Auch der demografische Wandel ist ein wichtiger Grund für die Absenkung des Wahlalters, denn eine immer älter werdende Bevölkerung kann ihre Interessen politisch artikulieren und durchsetzen. Fast ein Sechstel der Bevölkerung (Kinder und Jugendliche) hingegen blieb so von einem demokratischen Grundrecht ausgeschlossen. Politik muss sich jedoch dringend auch mit den Themen der jungen Zielgruppe befassen.

Aber die Beteiligung an Wahlen ist nicht alles. Der Kinderschutzbund Thüringen fordert grundsätzlich, das Recht auf Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in allen Lebensbereichen mehr zu achten und ihre Meinungen anzuhören.